



## Sitzungsniederschrift

### Rat der Stadt Norderney

Sitzungsort:	Conversationshaus, Weißer Saal, Am Kurplatz 1	
Sitzungsdatum:	10.12.2014	Niederschrift gefertigt am: 21.01.2015
öffentlich	Beginn: 18:00 Uhr	Ende: 19.45 Uhr

#### Anwesend:

##### **Vorsitzender**

RV Johannes Terfehr

##### **Stimmberechtigtes Mitglied**

RM Helga Meyer  
2. stv. BM Karin Rass  
BG Jann Ennen  
RM Stefan Wehlage  
Stv. RV Barbara Bakker-Dinkla  
1. stv. BM Jan Harms  
BG Sascha Nüchter  
BG Axel Stange  
BG Bernhard Onnen  
BM Frank Ulrichs  
RM Bernd Flessner  
RM Reinhard Kiefer  
RM Heidi Raschke

##### **Von der Verwaltung**

AV Holger Reising  
StAR Walter Uden

##### **Schriftführer**

Verw.-Angest. Heike Müller

#### Entschuldigt fehlen:

RM Christian Budde  
RM Manfred Plavenieks  
RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann

## Tagesordnung

7. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
8. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.07.2014 - öffentlicher Teil
9. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt
10. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
11. Mitwirkungsverbot der Ratsmitglieder Jann Ennen und Johannes Terfehr bei Entscheidungen über das Bauvorhaben Marienheim der Norderney Genossenschaft (NG);  
Antrag der Fraktion Die Grünen/Bündinis 90 Rat 2/2014
12. Straßenausbaumaßnahme Nordhelmstraße, Korrektur der Bildung von Abschnitten VA 50/2014
13. Betrauungsakt Krankenhaus Norderney für das Wirtschaftsjahr 2015 VA 69/2014
14. Straßenreinigungsgebühr; Nachkalkulation für das Jahr 2013, Kalkulation für das Jahr 2015 sowie 7. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung der Stadt Norderney FA 2/2014
15. Kurbeitrag, Nachkalkulation für das Jahr 2013, Kalkulation für das Jahr 2015 sowie 3. Satzung zur Änderung der Kurbeitragssatzung der Stadt Norderney vom 17.12.2007 FA 3/2014
16. Abwassergebühren; Nachkalkulation für das Jahr 2013, Kalkulation für das Jahr 2015 und 12. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Gebührensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 12.12.2000 FA 4/2014
17. Neufassung der Zweitwohnungsteuersatzung zum 01.01.2015 FA 5/2014
18. Überplanmäßige Auszahlung im Rahmen der Beschaffung ELW 1 VA 66/2014
19. Überplanmäßige Auszahlung bei der Buchungsstelle 11.1.04/9850.7821000 (Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden) VA 67/2014
20. Mitteilung nach § 7 der Richtlinie für die Aufnahme von Krediten und zur Umschuldung von Krediten nach § 120 I 2 NKomVG über die Aufnahme eines Kredites über 2,35 Mio. EUR VA 68/2014
21. Einheimischenmodell Südwestthörn: VA 72/2014
  - a) Grundsatzbeschluss zur Durchführung
  - b) Beschluss der Vergaberichtlinie
22. Mitteilungen der Verwaltung
23. Anfragen und Anregungen
24. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

**TOP 7. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung**

RV Terfehr eröffnet die öffentliche Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

**TOP 8. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.07.2014 - öffentlicher Teil**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 22.07.2014 -öffentlicher Teil- wird mit 12 Jastimmen, 1 Neinstimme und 1 Enthaltung genehmigt.

**TOP 9. Bericht des Bürgermeisters über wichtige Angelegenheiten der Stadt**

Der Bericht des Bürgermeisters ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.  
Es erfolgt eine kurze Aussprache.

2. stv. BM Rass bedankt sich bei Herrn Bürgermeister Ulrichs für seine Bemühungen hinsichtlich der ärztlichen Versorgung auf Norderney im Bereich der Gynäkologie.

RM Wehlage spricht den Hotelneubau zwischen Badehaus und Conversationshaus an. Das Grundstück könne aufgrund des Kommunalisierungsvertrages nicht für eine kommunale Infrastruktur zur Verfügung gestellt werden. Zu einem kleinen Teil habe allerdings eine kommunale Verwendung gesichert werden können durch die Nutzungsmöglichkeit eines Saales des Fünf-Sterne-Hotels.

Das Haus der Insel sei mit seinem großen Saal so nicht mehr notwendig und man müsse überlegen, was dort entstehen solle. Dieses Grundstück müsse in kommunalen Händen bleiben. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen würde sich an dem dortigen Standort Wohnmöglichkeiten für ältere Mitbürger wünschen. Auch müsse man an Übernachtungsmöglichkeiten im Low-Budget-Bereich denken. Die Angebote für Norderneyer im Haus der Insel könnten in einem soziokulturellen Zentrum angesiedelt werden.

BM Ulrichs führt aus, dass der Hotelbau letztlich auch der ganzen Insel zugutekommen werde. Der Bau werde auf einem ehemaligen Landesgrundstück errichtet. Das Fünf-Sterne-Hotel sei mit der Abwicklung der Fördermittel Basis des Kommunalisierungsvertrages gewesen. Die Verhandlungen mit dem Land hätten ergeben, dass alle Kosten und Einnahmeausfälle der letzten 10 Jahre im Wesentlichen kompensiert würden.

**TOP 10. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

BM Ulrichs informiert, dass in der nichtöffentlichen Sitzung dem Verkauf von zwei Grundstückstreifen zugestimmt worden sei

**TOP 11. Mitwirkungsverbot der Ratsmitglieder Jann Ennen und Johannes Terfehr bei Entscheidungen über das Bauvorhaben Marienheim der Norderney Genossenschaft (NG); Antrag der Fraktion Die Grünen/Bündnis 90 Rat 2/2014**

Stv. RV Bakker-Dinkla übernimmt den Vorsitz von RV Terfehr zu diesem Tagesordnungspunkt.

RM Wehlage erläutert, dass seine Fraktion RV Terfehr bei Angelegenheiten, die das Bauvorhaben „Marienheim“ der Norderney Genossenschaft (NG) betreffen, aufgrund seiner Tätigkeit im dortigen Vorstand für befangen halte. Das gelte auch für BG Ennen aufgrund seiner Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender der Norderney Genossenschaft. Es werde daher ein Mitwirkungsverbot für BG Ennen und RV Terfehr gem. § 41 Abs. 4.2 NkomVG beantragt.

RV Terfehr erklärt, dass er nicht Mitglied im Vorstand der Norderney Genossenschaft sei und auch nie gewesen sei.

BM Ulrichs erläutert, dass man den Sachverhalt geprüft habe unter der Prämisse, dass RV Terfehr Mitglied des Vorstandes sei, wobei man keinen Hinweis auf eine solche Mitgliedschaft habe feststellen können. Es könne grundsätzlich bei Mitgliedern des Vorstandes, die nach außen Vertretungsrecht der juristischen Person hätten, ein Mitwirkungsverbot bestehen. Das gelte allerdings nicht für Beschlüsse von Satzungen oder Rechtsverordnungen, wie z. B. in der Bauleitplanung. Um solche Beschlüsse gehe es hier im Wesentlichen. Für Mitglieder des entsprechenden Aufsichtsrates bestehe grundsätzlich gar kein Mitwirkungsverbot.

RM Wehlage erklärt, dass er die Information zur Funktion von Herrn Terfehr einem Zeitungsartikel entnommen habe, der wohl diesbezüglich nicht korrekt gewesen sei. Es gehe nicht um die Beschlüsse der Bauleitplanung. Es gehe um die städtebaulichen Verträge und den Durchführungsvertrag. Es gehe darum, ob die NG dadurch konkrete Vor- oder Nachteile habe. 1. stv. BM Harms merkt an, dass auch der Durchführungsvertrag zu einem vorhabenbezogenen Bebauungsplan gehöre und damit Teil der Bauleitplanung sei. 2. stv. BM Rass stellt fest, dass BG Ennen bei einigen Sitzungen des Verwaltungsausschusses, in denen über das Marienheim beraten worden sei, anwesend gewesen sei und dadurch interne Informationen gehabt habe, bevor die NG das Marienheim erworben habe.

RM Kiefer bittet BG Ennen, sich künftig bei entsprechenden Beschlüssen für befangen zu erklären. BG Ennen führt aus, dass BG Ennen sich bei Beratungen über das Thema im Verwaltungsausschuss immer für befangen erklärt und den Raum verlassen habe. 2. stv. BM Rass widerspricht dem.

Der Antrag wird so abgewandelt, dass er sich nur noch auf BG Ennen bezieht.

### **Beschluss**

Dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, entsprechend § 41 Abs. 4,2 NKomVG das Vorliegen eines Mitwirkungsverbotes des Ratsmitgliedes Jann Ennen (Aufsichtsratsvorsitzender NG) bei Entscheidungen über das Bauvorhaben Marienheim der Norderney Genossenschaft (NG) festzustellen, wird zugestimmt.

3 Stimmen dafür

9 Stimmen dagegen

1 Enthaltung

BG Ennen hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

### **TOP 12. Straßenausbaumaßnahme Nordhelmstraße, Korrektur der Bildung von Abschnitten VA 50/2014**

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Norderney beschließt für die Straßenausbaumaßnahme Nordhelmstraße die Korrektur der Abschnitte 3 und 4:

Abschnitt 3: Nordhelmstraße zwischen den Straßeneinmündungen Mainstraße und Weserstraße

Abschnitt 4: Nordhelmstraße zwischen den Straßeneinmündungen Weserstraße und Jadestraße

14 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

### **TOP 13. Betrauungsakt Krankenhaus Norderney für das Wirtschaftsjahr 2015 VA 69/2014**

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Norderney betraut die Allergie- und Hautklinik gGmbH mit dem als Anlage 2 beige-fügten Akt mit der Durchführung gemeinwirtschaftlicher Verpflichtungen zur Sicherstellung der Krankenhausversorgung der Bevölkerung in Norderney. Für die Durchführung dieser gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung zahlt die Stadt Norderney der Allergie- und Hautklinik gGmbH einen Strukturausgleich für das Wirtschaftsjahr 2015. Dieser Strukturausgleich ist für das Wirtschaftsjahr auf höchstens 150.000,- EUR begrenzt. Er ist nur unter den im Betrauungsakt genannten Voraussetzungen auszu-zahlen und darf seitens der Allergie- und Hautklinik gGmbH nicht für Leistungen verwendet werden, die nicht der Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Verpflichtung dienen. Dies ist durch geeignete Maßnahmen sicherzustellen (siehe Betrauungsakt + Anlage).

Der Strukturausgleich für 2015 kann zur Sicherung der Liquidität des Krankenhauses bereits im Jahr 2015 gezahlt werden, sofern der Vorjahresabschluss und die Trennungsrechnung für die geförderten Bereiche testiert sind und eine Überkompensation ausgeschlossen ist.

14 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

**TOP 14. Straßenreinigungsgebühr; Nachkalkulation für das Jahr 2013, Kalkulation für das Jahr 2015 sowie 7. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung der Stadt Norderney** **FA 2/2014**

### **Beschluss**

Die 7. Satzung zur Änderung der Gebührensatzung für die Straßenreinigung (Straßenreinigungsge-bührensatzung) vom 12.12.2006 mit den Gebührensätzen

<b>Reinigungsgebühr</b> (EUR / Meter Straßenfront)	
Reinigungs-klasse 1	2,20 EUR
Reinigungs-klasse 2	3,47 EUR
Reinigungs-klasse 3	5,67 EUR
Reinigungs-klasse 4	9,18 EUR
Reinigungs-klasse 5	10,82 EUR
Reinigungs-klasse 6	13,58 EUR

wird in der Fassung des dieser Sitzungsvorlage beige-fügten Entwurfs mit Wirkung zum 01.01.2015 unter Berücksichtigung der anliegenden Kalkulation für das Jahr 2015 beschlossen.

14 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

**TOP 15. Kurbeitrag, Nachkalkulation für das Jahr 2013, Kalkulation für das Jahr 2015 sowie 3. Satzung zur Änderung der Kur-beitragssatzung der Stadt Norderney vom 17.12.2007** **FA 3/2014**

### **Beschluss**

Der Rat der Stadt Norderney nimmt die Nachkalkulation für das Jahr 2013 zur Kenntnis.

Der Rat der Stadt Norderney beschließt die Kurbeitragskalkulation für das Jahr 2015 auf der Grund-lage der vorgelegten Kalkulation.

Der Rat der Stadt Norderney stimmt der 3. Satzung zur Änderung der Kurbeitragssatzung der Stadt Norderney vom 17.12.2007 in der vorgelegten Entwurfsfassung zu.

14 Stimmen dafür                      0 Stimmen dagegen                      0 Enthaltungen

**TOP 16.      Abwassergebühren; Nachkalkulation für das Jahr 2013,                      FA 4/2014**  
**Kalkulation für das Jahr 2015 und 12. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Gebührensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 12.12.2000**

### **Beschluss**

Die Nachkalkulation für das Jahr 2013 wird in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis genommen.

Die 12. Satzung zur Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Abwasserbeseitigung (Gebührensatzung für die Abwasserbeseitigung) vom 12.12.2000 wird in der beigefügten Entwurfsfassung mit den Gebührensätzen

Abwassergebühr je cbm Schmutzwasser jährlich                      2,19 EUR

Abwassergebühr für die Beseitigung von Niederschlagswasser  
je qm bebaute und befestigte Fläche jährlich                      0,79 EUR

mit Wirkung vom 01.01.2015 auf der Grundlage der vorgelegten Kalkulation beschlossen.

Der Kalkulation der Abwassergebühren 2015 liegt ein Mischzinssatz von 4,5 % zu Grunde und die Abschreibungen erfolgen linear vom Wiederbeschaffungszeitwert. Die Abschreibungssätze ergeben sich aus den rechtlichen Vorgaben.

14 Stimmen dafür                      0 Stimmen dagegen                      0 Enthaltungen

**TOP 17.      Neufassung der Zweitwohnungsteuersatzung zum                      FA 5/2014**  
**01.01.2015**

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen beantragt, den Steuersatz auf 20 % des Steuermaßstabes nach § 4 Absatz 1 ZWStS festzulegen. Man benötige oftmals für kleine Maßnahmen noch Geld, daher könne man auf die rund 50.000 € Mehreinnahmen nicht verzichten. BM Ulrichs erwidert, dass er eine solche Erhöhung zum derzeitigen Zeitpunkt aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage und daher auskömmlichen Steuereinnahmen nicht für notwendig erachte.

Der Antrag wird mit 3 Jastimmen und 11 Neinstimmen abgelehnt.

### **Beschluss**

Der Neufassung der Zweitwohnungsteuersatzung zum 01.01.2015 wird in der beigefügten Entwurfsfassung zugestimmt. Der Steuersatz wird auf 15 % des Steuermaßstabes nach § 4 Absatz 1 ZWStS festgelegt.

11 Stimmen dafür                      3 Stimmen dagegen                      0 Enthaltungen

**TOP 18.      Überplanmäßige Auszahlung im Rahmen der Beschaffung                      VA 66/2014**  
**ELW 1**

**Beschluss**

Der überplanmäßigen Auszahlung in Höhe von 10.990,14 € bei der Buchungsstelle 12.6.01/5000.7831100 für das Haushaltsjahr 2014 wird zugestimmt.

Die Deckung ist durch Minderauszahlungen bei den Buchungsstellen 12.6.01/9800.7831200 sowie 12.6.01/9810.7831100 (Erwerb von bewegl. Vermögensgegenständen) gegeben.

14 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

**TOP 19. Überplanmäßige Auszahlung bei der Buchungsstelle VA 67/2014**  
**11.1.04/9850.7821000 (Auszahlungen für den Erwerb von**  
**Grundstücken und Gebäuden)**

**Beschluss**

Der überplanmäßigen Auszahlung bei der Buchungsstelle 11.01.04/9850.7821000 in Höhe von 5.086,10 EUR für das Haushaltsjahr 2014 wird zugestimmt.

Die Deckung ist gewährleistet durch Minderauszahlungen bei Buchungsstelle 11.1.04/9810.7831100 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Vermögensgegenständen über 1.000,- EUR und Sachgesamtheiten) in Höhe von 5.086,10 EUR.

14 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

**TOP 20. Mitteilung nach § 7 der Richtlinie für die Aufnahme von VA 68/2014**  
**Krediten und zur Umschuldung von Krediten nach § 120 I 2**  
**NKomVG über die Aufnahme eines Kredites über 2,35 Mio.**  
**EUR**

**Beschluss**

Von der Kreditaufnahme über 2.350.000 EURO bei der Deutschen Kreditbank AG wird Kenntnis genommen.

**TOP 21. Einheimischenmodell Südwesthörn:**  
**a) Grundsatzbeschluss zur Durchführung**  
**b) Beschluss der Vergaberichtlinie**

BM Ulrichs gibt einige Erläuterungen und weist darauf hin, dass man im Einzelfall auch die Bewerbung von Pendlern prüfen wolle. Er gibt weiterhin bekannt, dass man für ein solches Modell eventuell noch ein weiteres Grundstück vom Land erhalten könne.

RM Wehlage führt aus, dass die Fraktion Bündnis90/Die Grünen dieses Projekt nicht unterstützen würde. Viele vorangegangene Bauprojekte hätten nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Seine Fraktion würde vielmehr die Schaffung von Mietwohnraum unterstützen wie z. B. demnächst am Wasserturm. BG Nüchter meint, dass auch Norderneyer die Möglichkeit haben müssten, Eigentum zu erwerben. 1. stv. BM Harms ergänzt, dass durch den Bau dieser Häuser auch wieder Wohnungen frei würden.

**Beschluss**

## Einheimischenmodell Südwesthörn

### a) Grundsatzbeschluss zur Durchführung

Die Stadt Norderney wird zum Zwecke der sozialen Wohnungsbauförderung vom Land Niedersachsen und von der Stadtwerken GmbH Grundstücke vergünstigt erwerben und im Wege der Vergabe von 10 Erbbaurechten zur Durchführung eines Einheimischenmodells an die Bürger mit der erhaltenen Vergünstigung weitergeben. Es sollen 10 Doppelhaushälften errichtet werden. Der Erbbauzins wird 3 % betragen und die Laufzeit der Erbbaurechtsverträge soll 75 Jahre sein. Nähere Einzelheiten zur gerechten Vergabe regelt die unter b) explizit zu beschließende Vergaberichtlinie.

11 Stimmen dafür

2 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

Stv. RV Bakker-Dinkla hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

### b) Beschluss der Vergaberichtlinie

Die in der Anlage 1 zu dieser Sitzungsvorlage als Entwurf beigefügte Richtlinie der Stadt Norderney zur Vergabe von Baugrundstücken im Wege des Erbbaurechtes für das Einheimischenmodell Südwesthörn wird wie von der Verwaltung **in der Entwurfsfassung vom 10.12.2014 vorgelegt mit der Maßgabe beschlossen, dass der Punkt 4.b) ergänzt bzw. geändert wird, dass möglichst ein Rückfall der Immobilie an die Stadt Norderney im Veräußerungsfall angestrebt wird.** Die Vergabe erfolgt gemäß den dort genannten Kriterien, wobei jeder Bewerber (Familie, Ehepartner und eingetragenen Lebenspartnerschaften/Partner) nur höchstens ein Baugrundstück erhalten kann.

11 Stimmen dafür

2 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

Stv. RV Bakker-Dinkla hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen

## TOP 22. Mitteilungen der Verwaltung

Keine

## TOP 23. Anfragen und Anregungen

RM Wehlage bedankt sich bei Herrn Holger Karow vom Radiosender SWS anlässlich der letzten Sendung für die langjährige Übertragung der Ratssitzungen. Er halte die weitere Übertragung der Sitzungen für durchaus sinnvoll. Über das Internet wäre eine Übertragung technisch möglich. Er bitte die Verwaltung, hierfür einen Vorschlag zu erarbeiten.

BM Ulrichs erwidert, dass die Übertragung sehr aufwendig und für die Verwaltung schwierig durchzuführen sei.

Herr Karow merkt an, dass er sich dazu Gedanken machen wolle. Für das neue Küstenradio könne er nicht entscheiden. Er halte es aber für wenig wahrscheinlich, dass die Übertragung der Ratssitzungen von Norderney dort von Interesse sei.

## TOP 24. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

a) Herr Jentsch fragt, ob es sich bei dem Grundstück, das möglicherweise für ein weiteres Einheimischenmodell zur Verfügung stehe, um das Grundstück „Hinnis Tun“ handle. BM Ulrichs verneint dies.

b) Herr Jentsch verweist auf die Veröffentlichungen in der Presse von Bauherren, die ebenfalls ein „Einheimischenmodell“ anbieten würden, u. a. für die „Gartenstadt“. Er fragt, ob hier die Bezeichnung „Einmischenmodell“ in die Irre führe und nur weitere Eigentumswohnungen gebaut würden.

BM Ulrichs antwortet, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass man hier durchaus vorsichtig sein müsse. Für die „Gartenstadt“ sei noch kein neuer Bauantrag gestellt worden. Der Rat habe dort eine Bebauung grundsätzlich abgelehnt, weil es sich um eine Hinterliegerbebauung handele, die nicht gewollt sei. Sollte es wirklich einmal einen guten Vorschlag für ein Projekt geben, könne man möglicherweise noch einmal neu überlegen. Derzeit sei das aber nicht spruchreif.

- c) Herr Jentsch erkundigt sich, ob die Beratungsfirma für das Krankenhaus erfolgreich gearbeitet habe. BM Ulrichs erläutert, dass es sich im Wesentlichen um einen Berater gehandelt habe. Dieser Fachmann habe einige Kollegen aus der Branche hinzugezogen. Die Berater seien mit sehr viel Engagement an die Dinge herangegangen und hätten viele wertvolle Hinweise und Verbesserungsvorschläge gegeben, wodurch Einiges im Krankenhaus passiert sei.
- d) Herr Moroni bezieht sich auf die vorangegangene Diskussion zum Einheimischenmodell und führt aus, dass das OVG Lüneburg in seinem Urteil vom 18.09.2014 seine Auffassung zur Sicherung von Dauerwohnraum über entsprechende Bauvorschriften bestätigt habe. Er fragt, warum dieses Instrument immer noch in Frage gestellt würde. BM Ulrichs erwidert, dass es beim Thema Einheimischenmodell Südwesthörn nicht um die Absicherung von Dauerwohnraum gehe. Es gehe um die langfristige Absicherung des Einheimischenmodells über 15 Jahre hinaus unter Beachtung sozialverträglicher Abstufungen. So etwas könne man nicht ohne Weiteres im Bebauungsplan festlegen.
- e) Herr Moroni fragt RM Kiefer, wie er zur neuen Rechtsprechung stehe und welche Schlussfolgerungen gezogen würden. RM Kiefer erklärt, dass er das Urteil des OVG Lüneburg begrüße. Die Umsetzung erfolge jetzt in den neuen Bebauungsplänen. BM Ulrichs ergänzt, dass man auch nicht alles über einen Kamm scheren könne. Man müsse auch an die Folgen für die Betroffenen denken und die Verhältnismäßigkeit nicht außer Acht lassen.
- f) Herr Moroni fragt nach dem Einfluss, den die Stadt auf die Geschäftsführung des Krankenhauses habe, ob der Zuschuss der Stadt mit Auflagen verbunden sei und wie die Bettenauslastung sei.  
BM Ulrichs antwortet, dass man das Haus sehr genau im Blick habe. Es gebe einen regelmäßigen Informationsaustausch mit der dortigen Buchhaltung. Er selbst wie auch Herr Kurdirektor Loth würde an den Beiratssitzungen teilnehmen.  
Der Zuschuss aus dem Betrauungsakt sei mit Auflagen verbunden, z. B. seien die Geschäftszahlen mit der Stadt abzustimmen. Die Bettenauslastung liege nach seiner Erinnerung zwischen 45 und 50 Prozent.
- g) Herr Jentsch spricht den Vorschlag der Grünen für eine Erhöhung der Zweitwohnungsteuer an. Er habe nicht ganz verstanden, warum sich der Bürgermeister dagegen ausspreche. BM Ulrichs erläutert, dass er zum derzeitigen Zeitpunkt nicht die Notwendigkeit für eine Erhöhung sehe, weil die Kommune gute Einnahmen aus der Gewerbesteuer habe. Man müsse das Maß im Auge behalten bei der Belastung der Bürger. Sollte es wieder schlechtere wirtschaftliche Phasen geben, habe man hier immer noch eine Möglichkeit zur Erhöhung der Einnahmen.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Terfehr  
(Vorsitzender)

Ulrichs  
(Bürgermeister)

Müller  
(Protokollführerin)